Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3,40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 60 — Halver, Dienstag, 11. März 1952 — 1952

Sowjetische Note an die Westmächte

Moskau schlägt Friedensvertrag vor

Grenzen im Rahmen der Potsdamer Beschlüsse - Eigene Streitkräfte, begrenzte Rüstungsproduktion

dpa. Moskau, 11. März

Die Sowjetunion hat den drei Westmächten am Montag vorgeschlagen, unverzüglich die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beraten. Bereits in nächster Zeit soll ein vereinbarter Friedensvertragsentwurf unter Mitwirkung einer gesamtdeutschen Regierung ausgearbeitet und auf einer internationalen Konferenz unter Beteiligung aller interessierten Staaten geprüft werden.

Gleichzeitig hat die Sowjetunion den drei Westmächten einen Entwurf von Grundsätzen zu einem Friedensvertrag mit Deutschland zur Prüfung vorgelegt. Diese Grundsätze enthalten die Vorschläge, Deutschland als einheitlichen Staat wiederherzustellen, die Besatzungsstreitkräfte ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abzuziehen, und den Umfang des deutschen Territoriums durch die Grenzen zu bestimmen, die durch die Potsdamer Konferenz festgelegt wurden.

Ferner schlägt die Sowjetunion vor, daß Deutschland eigene Streitkräfte unterhalten darf, die für seine Verteidigung notwendig sind, und daß ihm eine begrenzte Rüstungsproduktion gestattet wird. Deutschland soll in die Vereinten Nationen aufgenommen werden. Der deutschen Friedenswirtschaft sollen keine Beschränkungen auferlegt werden.

Die sowjetischen Vorschläge sind in einer Note und in einem Memorandum enthalten, die der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Gromyko dem britischen Botschafter Gascoigne, dem amerikanischen Geschäftsträger Schaughnessy und dem französischen Geschäftsträger Brionval am Montag in Moskau überreichte. Die Dokumente sind von den diplomatischen Vertretern der drei Westmächte den Regierungen ihrer Länder übermittelt worden.

In der Note erklärt sich die Sowjetregierung zugleich bereit, auch etwaige andere Vorschläge zur Frage eines deutschen Friedensvertrages zu erörtern. Sie spricht die Erwartung aus, daß die USA, Großbritannien und Frankreich auf ihre Vorschläge bald antworten werden.

In der Note heißt es, daß sich Deutschland fast 7 Jahre nach Beendigung des Krieges noch immer „im Zustand einer Spaltung" befinde und nach wie vor „in ungleicher Lage gegenüber anderen Staaten" bleibe. Diesem „anomalen Zustand" müsse ein Ende gemacht werden. Das entspreche den Wünschen aller friedliebenden Völker. Ein Friedensvertrag mit Deutschland werde es ermöglichen, die Fragen, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben haben, endgültig zu lösen. Ein beschleunigter Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland sei dadurch geboten, daß die Gefahr einer Wiederherstellung des deutschen Militarismus, „der zwei Weltkriege entfesselt hat", nicht beseitigt sei. Ein Friedensvertrag mit Deutschland solle die Möglichkeit eines „Wiederauflebens des deutschen Militarismus und einer Aggression" beseitigen.

In dem Memorandum, das die von der Sowjetunion vorgeschlagenen Grundsätze für einen Friedensvertrag mit Deutschland enthält, werden als Teilnehmer der Friedenskonferenz Großbritannien, die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und „andere Staaten, die sich mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben", genannt.

Zu den von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Grundsätzen zählt auch die Sicherung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes einschließlich der Rede-, der Presse-, der Glaubens- und der politischen Ueberzeugungs- und Versammlungsfreiheit. „Den demokratischen Parteien und Organisationen" müsse freie Tätigkeit gesichert werden. Dagegen dürften in Deutschland keine Organisationen bestehen, „die der Demokratie und der Erhaltung des Friedens feindlich sind".

Alle ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und alle ehemaligen Nationalsozialisten, mit Ausnahme derer, die eine Strafe „für die von ihnen begangenen Verbrechen abbüßen", müßten gleichberechtigt am Aufbau eines friedliebenden demokratischen Deutschlands teilnehmen dürfen. Ferner heißt es in dem Memorandum, daß sich Deutschland verpflichtet, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Tiefseeversuche

dmt. Washington, 10. März

Die amerikanische Kommission für Atomenergie wird voraussichtlich bei den demnächst stattfindenden Versuchen auf den Marschallinseln eine Atombombe in großer Meerestiefe zur Explosion bringen lassen. Die bisherigen Versuche mit Unterwasserbomben beschränkten sich auf etwa 60 Meter Tiefe, so daß der größte Teil der entfesselten Energie in einer riesigen Wassersäule verloren ging. Trotzdem gingen bei einem solchen Versuch auf Bikini zwei Kreuzer, ein Flugzeugträger, drei Unterseeboote und mehrere leichte Einheiten unter. Bei einer Explosion in großer Meerestiefe würde aber die gesamte Energie unter Wasser bleiben, so daß mit viel stärkerer Wirkung zu rechnen sei. Die amerikanische Flotte verfügt über genügend außer Dienst gestellte Schiffe, die bei einem solchen Versuch geopfert werden können.

Bei den augenblicklichen Besprechungen über einen belgischen Kredit an Frankreich zur Deckung des französischen Defizits bei der Europäischen Zahlungsunion (EZU) soll es sich um 100 Millionen Dollar, d. h. 5 Milliarden belgische Franken, handeln.

Kein Nachgeben bei der Gewerbefreiheit

Wieder Treffen mit Hochkommissaren — Rechtsstellung der NATO-Truppen noch offen

wl. Bonn, 10. März

Bundeskanzler Dr. Adenauer und die drei Hohen Kommissare treffen sich am Dienstagnachmittag im Rheinhotel Dreesen in Bad Godesberg, um den Abschlußbericht des Lenkungsausschusses über den Generalvertrag und die Zusatzverträge entgegenzunehmen.

Bei dieser Gelegenheit sollen noch einige Punkte erörtert werden, die bisher mehr im Hintergrund gestanden hatten, so u. a. die Frage der Gewerbefreiheit. Von maßgebender Seite wurde uns versichert, daß die Bundesregierung in dieser Frage keine Zugeständnisse machen werde mit Ausnahme in der Anerkennung der in der amerikanischen Zone während der Gewerbefreiheit neugegründeten nichthandwerklichen Betriebe. Der Bundeskanzler vertritt die Auffassung, daß es sich hier um interne deutsche Angelegenheit handelt, bei der den Alliierten kein Mitspracherecht mehr zugestanden werden kann, außerdem könne man amerikanische Verhältnisse auf keinen Fall summarisch auf Deutschland übertragen. Die in der Handwerkerschaft auftretenden Befürchtungen, daß es im Gegensatz zu der fast einmütigen Auffassung des Bundestages doch noch zu einer Gewerbefreiheit kommen könnte, erscheinen als unbegründet, umsomehr als die Bundesregierung neuerdings einen ausgesprochen handwerkfreundlichen Kurs eingeschlagen hat.

Eine weitere Frage, die bei den Erörterungen am Freitag eine Rolle spielen wird, ist die Fixierung der Rechtsstellung der künftigen NATO-Streitkräfte in Westdeutschland. Offenbar haben hier die Sachverständigen noch keine Lösung finden können. Dagegen wurde in der Produktionsfreiheit der deutschen Industrie und Forschung volle Uebereinstimmung erzielt, ebenso über den Kriegsschiffsbau. Nach unseren Informationen werden die deutschen Werften nur zum Bau und zur Ausrüstung von leichten Einheiten bis zu 800 Tonnen eingesetzt werden. Der Bau von größeren Kriegsschiffen soll auch für ausländische Rechnung nicht statthaft sein. Die Amerikaner bemühen sich allerdings immer noch, die deutschen Erfahrungen im Kriegsschiffbau in stärkerem Maße für die Interessen des Westens nutzbar zu machen.

Wildermuths Platz mit Chrysanthemen geschmückt

Im Kabinett: Wahl-, Partei- und Pressegesetz — Zufriedenheit über Südwestwahl

wl. Bonn, 10. März

Bei der Kabinettssitzung am Montag war der Platz des verstorbenen Ministers Wildermuth an dem ovalen Tisch mit Chrysanthemen geschmückt. „Das Vaterland dankt Eberhard Wildermuth, dem Manne, der sich im Dienst an seinem Volk wahrlich verzehrte", erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer zu Beginn der außerordentlichen Sitzung. „Wir stehen erschüttert an der Bahre dieses Kameraden, dessen Tod eine unersetzliche Lücke gerissen hat." Auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, auf dem Wildermuth Großes geleistet habe, sei die Bundesregierung entschlossen, in seinem Geiste bis an die Grenze des Möglichen zu gehen, damit das Wohnungselend bald ein Ende finde.

In der vierstündigen Sondersitzung kam zu den Wahlen in Südwestdeutschland die Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß die Parteien der Regierungskoalition ihre Position „glänzend behaupten" konnten, wie Bundeskanzler Dr. Adenauer sich ausdrückte. Sodann referierte Bundesinnenminister Dr. Lehr eingehend über die verschiedenen Wahlsysteme in den Ländern und anschließend über notwendige Maßnahmen zu einem einheitlichen Parteigesetz. Ein solches Gesetz wird für notwendig gehalten, um die Tätigkeit der demokratischen Parteien zu schützen, dagegen die politische Tätigkeit von Parteiorganisationen zu unterbinden, durch die die einheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigt werden könnte. Bei der Abfassung des Gesetzes soll die noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in der Klage der Bundesrgierung gegen die SRP und die KPD entsprechend berücksichtigt werden. Schließlich berichtete Dr. Lehr über das im Referentenentwurf vorliegende Pressegesetz, über das mit den interessierten Verbänden weiter verhandelt werden soll.

SPD würdigt den Verstorbenen

dmt. Bonn, 10. März

Der Sozialdemokratische Pressedienst würdigt am Montag die Persönlichkeit des verstorbenen Bundesministers Wildermuth, dessen „menschliche Anständigkeit, sein sachliches Benehmen und seine demokratische Zuverlässigkeit auch von der Opposition immer geschätzt wurden." Wildermuth sei der einzige Minister des Bundes gewesen, der das Gespräch mit den Fachleuten aller Parteien im Fluß gehalten habe.

Bei der Witwe Wildermuths in Tübingen trafen Stöße von Beileidstelegrammen ein, u. a. von Ministerpräsident Arnold, Ministerpräsident Kopf, Prof. Reuter, Ministerpräsident Ehard. Der Tübinger Staatspräsident Dr. Gerhard Müller machte der Witwe einen Beileidsbesuch.

De Gaulle zur Machtübernahme bereit

Verfassungsreform als erstes Ziel - „Amerikaner spielen die deutsche Karte" - „Europa-Armee ein Monstrum"

dmt. Paris, 10. März

Am Montagnachmittag sprach General de Gaulle auf der mit Spannung erwarteten Pressekonferenz in dem überfüllten Festsaal eines großen Pariser Hotels über seine nächsten Ziele. Er habe Staatspräsident Auriol erklären lassen, so betonte er, daß er sich zur Verfügung halte, falls sich ein echter Notstand auf nationalem oder internationalem Sektor ergebe.

Als erste Aufgabe nannte de Gaulle die Verfassungsreform, die notwendig sei, um den unaufhaltsamen Niedergang Frankreichs abzustoppen. Er sei bereit, mit allen fähigen Männern, woher sie auch kämen, in Verbindung zu treten, um den Wiederaufbau Frankreichs in die Hand zu nehmen. De Gaulle lehnte eine nationale Union jedoch ab, wenn man darunter nichts anderes verstünde, als lediglich eine Zusammenfassung möglichst vieler Parteien und Gruppen.

Ueber das Verhältnis zu Deutschland sagte der französische General, eine Bereinigung sei nur durch einen zweiseitigen Vertrag möglich, der ausschließlich zwischen Deutschland und Frankreich ausgehandelt werde. Auf diesen Ausgleich müsse sich dann ein europäisches Staatenbündnis aufbauen. Sowohl die Europaarmee, die er als Monstrum bezeichnete, wie der Schumanplan, würden nur die deutsch-französischen Gegensätze vertiefen.

De Gaulle polemisierte stark gegen die Amerikaner, die heute auf die deutsche Karte setzten, um eine taktische Bündnispolitik zu betreiben. Auf diese Weise gäbe man den Kommunismus die Möglichkeit, in Ost-Europa mit dem Schreckgespenst der deutschen Aufrüstung zu arbeiten. Auch der Atlantikpakt fand keine Gnade. De Gaulle bezeichnet ihn als ungenügend, da er sich nur auf einen Teil der Welt erstrecke und da im Nahen Osten, in Asien sowie in Deutschland die einzelnen Paktmitglieder vielfach eine entgegengesetzte Politik trieben Auch sei der Atlantikpakt kein echtes Bündnis, sondern nur eine gegenseitige Versicherung von Absichten. Die Einbeziehung Spaniens nannte de Gaulle ein Gebot der strategischen Ueberlegung.

Keine Abwertung des Franken

Die Agence France Presse ist ermächtigt worden, zu erklären, daß die von einer ausländischen Agentur veröffentlichte Nachricht über eine beabsichtigte Abwertung des französischen Franken jeglicher Grundlage entbehre.

Schweizer Saar-Europa-Geist

Daß die Schweizer Politik Deutschland gegenüber nicht nur aus Liebesgabenpaketen besteht, zeigt ein Blick in die eidgenössische Presse, die in der letzten Zeit immer häufiger ausgesprochen unfreundliche Töne gegenüber Deutschland anschlägt und es oft weitgehend an Verständnis fehlen läßt.

So beschäftigte sich dieser Tage das „Journal de Genève" mit der Saarfrage. Da konnte man nun allerdings recht erstaunliche Dinge lesen. Das Schweizer Blatt tat sich zur Untersuchung des Saarproblems das Mäntelchen des natürlich streng sachlichen Historikers um und ließ dann unter dieser Tarnung seinen antideutschen Gefühlen freien Lauf. Natürlich kann das Blatt nicht die Tatsache leugnen, daß schon vor 200 Jahren die damalige Saar-Grafschaft rechtlich dem Grafen Wilhelm Ludwig von Nassau-Saarbrücken gehörte. Aber es umgibt diese Tatsache mit einem pikanten Kultursalat.

So liest man, daß sich der Nachfolger des Grafen Wilhelm Ludwig, der Prinz Wilhelm Heinrich, am Hofe von Versailles aufhielt, daß Ludwig XV. ihm ein Regiment verlieh und daß er lange Zeit im militärischen Dienste Frankreichs stand. Dann wird erzählt, daß jene Saar-Grafschaft Frankreich lange Zeit hindurch gute Soldaten geliefert habe. Schließlich hören wir, daß nach der französischen Revolution die Franzosen das Saargebiet besetzten (Schau, schau!) Aber bald kommen die bösen Preußen, die Schlachten wogen hin und her und schließlich wird im Frieden von Campo-Formio 1797 das Saargebiet Frankreich zugeschlagen.

Nach einer kurzen Schilderung der folgenden Jahre, während deren Frankreich dem Saargebiet natürlich nur Gutes tat, heißt es dann wörtlich: „Wenn der Wiener Kongreß Frankreich das Saargebiet entriß (!), um es Preußen zu geben, so nur, um Frankreich zu bestrafen, weil es eine Aggression gegen den europäischen Frieden durchgeführt hatte. Diesen historischen Präzedenzfall darf man nicht aus den Augen verlieren. Die Aehnlichkeit der Vorgänge sollte nachdenklich stimmen. Frankreich, das Opfer zweier Aggressionen, sogar dreier, will endlich einmal entschädigt werden und gesichert sein, indem es aus der Saar ein politisch neutrales Gebiet macht."

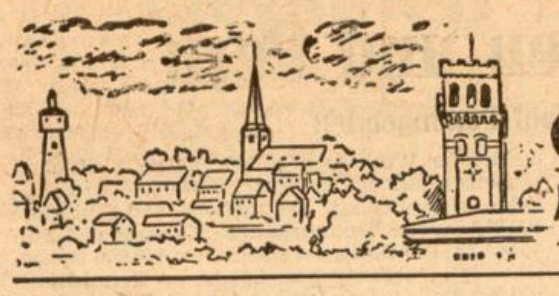
Sogar die Geschichtslüge von den angeblichen drei Angriffen Deutschlands auf Frankreich macht sich das Schweizer Blatt also zu eigen! Mit keinem Wort wird die Volkszugehörigkeit der Saarländer erwähnt. Wie Schachfiguren sollen sie, genau wie vor 150 Jahren, je nach den Interessen der politischen Mächte hin- und hergeschoben werden. Offenbar hat man in der Redaktion des „Journal de Genève" noch nichts vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gehört, das jetzt Vietnamesen, Tunesier und die Kongoneger für sich in Anspruch nehmen, das aber für die deutschen Saarländer offenbar keine Gültigkeit haben soll.

PeB

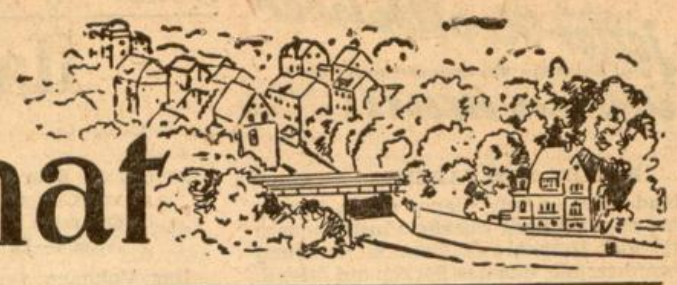
85 Tote bei Sprengstoffanschlag

dmt. Saigon, 10. März

Am Montag lief ein aus 15 Wagen bestehender Eisenbahnzug in der Nähe der Hauptstadt des Landesteiles Kambodscha auf eine in den Schienen eingebaute Miene und stürzte in eine Schlucht. Dabei gab es nach bisherigen Meldungen 85 Tote und 20 Verletzte.



Seite der Heimat



Halver, den 11. März 1952

Halver

Schnee- und Eisschäden auf der Straße

Daß der langanhaltende Frost und die Eis- und Schneedecke nicht spurlos an unseren Straßen vorübergegangen sind, zeigt sich jetzt deutlich. Namentlich findet man auf der Straße Halver-Brügge zahlreiche und umfangreiche Flächen, die so stark rissig wurden, daß sie im Laufe der kommenden Monate ausgebessert werden müssen. Es handelt sich dabei um solche Straßenstrecken, die im Zuge der Straßenerneuerungen in den vergangenen Jahren nicht aufgearbeitet wurden.

Kanal wird umgelegt

In der von-Vincke-Straße in der Höhe der Thomasstraße werden gegenwärtig Straßenarbeiten durchgeführt. Wie wir vom Bauamt erfahren, handelt es sich bei diesen Arbeiten um eine Kanalumlegung, die den Abfluß der Abwässer aus der Thomasstraße und teilweise aus der von-Vincke-Straße in umgekehrter Richtung als bisher bezweckt. Die Arbeiten werden mindestens 14 Tage in Anspruch nehmen.

Gegen Drahtseil gefahren

Zu einem recht ungewöhnlichen Verkehrsunfall kam es in Hürxtal. Hier hatten Waldarbeiter, die mit dem Fällen und Verladen von Holz beschäftigt waren, eine Seilwinde in Betrieb genommen. Ein Motorradfahrer, der nicht frühzeitig sehen konnte, daß das gespannte Seil über die Fahrbahn verlief, rammte mit seinem Fahrzeug dieses Hindernis und kam zu Fall. Außer dem Fahrer des Motorrades wurde durch den Sturz auch seine Beifahrerin leicht verletzt. An dem Fahrzeug entstand nur leichter Sachschaden.

Wer sind die Verlierer?

Im Fundbüro im Amtshaus Halver wurden als gefunden abgegeben: ein Aufnehmer und ein Herrenhut. Ferner ist ein rotbrauner Langhaardackel zugelaufen. Ansprüche können dort im Zimmer 9 geltend gemacht werden.

Interessante Vorführungen

Die Kreisarbeitsgemeinschaft für Technik in der Landwirtschaft veranstaltet morgen im Betriebe des Landwirts Kurt Neuhaus, Kückelhausen bei Anschlag, Vorführungen von Schlepper-Anbaupflügen verschiedener Systeme, sowie eines neuartigen Gebläse-Häckslers. Näheres ist aus dem heutigen Anzeigenteil ersichtlich.

Regina-Lichtspiele

Von Dienstag bis Freitag läuft in den Regina-Lichtspielen der bekannte und beliebte Film „Frau Luna". Diese herrliche Filmoperette mit Theo Lingen und vielen anderen bekannten Filmlieblingen, mit den beschwingten Melodien aus Berlin und mit einer Handlung voller Humor und Schwung läßt Sie für 2 Stunden die Sorgen des Alltags vergessen.

Oberbrügge/Ehringhausen

Aus der ev. Frauenhilfe

Die evangelische Frauenhilfe führt am morgigen Mittwoch in der Bahnhofsgaststätte ihre monatliche Zusammenkunft durch.

Der Halversche Kassen-Neubau

Zur Hälfte wird er auf Fels errichtet

In der nächsten Woche beginnen die Maurerarbeiten - Wie der fertige Bau aussehen wird

Unermüdlich ist der Bagger in der Frankfurter Straße an der Baustelle, die einmal den Neubau der Spar- und Darlehenskasse Halver G. m. u. H. einschließlich der Nebenstelle der AOK aufnehmen wird, tätig. Ratternd und fauchend, blaue Rauchwolken von sich stoßend, wühlt er sich immer tiefer in das Erdreich ein. Gern bleiben die Halveraner einen Augenblick oder auch zwei an der Baustelle stehen, um den Fortgang der Arbeiten zu beobachten. So ein Neubau bringt eben mancherlei ungewohntes Leben mit sich für die Frankfurter Straße.

Auch wir betrachteten uns den Fortgang der Ausschachtungsarbeiten, beobachteten den Bagger, der wie ein ungeschlachtes Tier Kopf und Hals reckt, sein „Maul" immer erneut in den lehmigen Krater taucht und sich dann wieder in die Höhe streckt — man möchte mit einiger Phantasie geradezu sagen: wie eine ungefüge Giraffe an der Tränke — und begaben uns dann zu dem Architekten des Baues, Architekt Otto Eicker, um Näheres über die bisherigen und zukünftigen Arbeiten an der Baustelle zu erfahren.

Die Ausschachtungsarbeiten, so hörten wir, verzögerten sich durch starken Fels und das Grundwasser. Das Karthaus'sche Haus steht ganz auf Felsen und auch der westliche Teil des Baugrundstückes zeigt ihn in starkem Maße. Nach der Ostseite fällt er ab und verschwindet ganz bei der Mühle Herdepe. Architekt Eicker erinnert sich hierbei noch an den Bau der Mühle im Jahre 1919, als er hier reinen Sumpf angetroffen hätte ohne jedes Felsvorkommen. Das Haus Bürger dazwischen steht auch bereits nicht mehr auf Fels, sondern auf Lehmboden. Somit wird das neue Haus zur Hälfte auf Felsen errichtet sein.

Am gestrigen Tage hörte man mehrfach Sprengschüsse: Baumstubben wurden gesprengt. Bis zum Ende dieser Woche sollen die Ausschachtungsarbeiten beendet sein und ab Montag der kommenden Woche geht es an die Maurerarbeiten.

Der Bau wird vollständig massiv errichtet, der Keller in Stampfbeton, die übrigen Etagen in Ziegelstein, alle Decken in Eisenbeton. Der Neubau erhält ein abgewalmtes Satteldach mit Eindeckung in die sog. Ludovici-Flachdachziegel, die als beste Dachziegel gelten. Sie werden in elektrischen Oefen und nicht in Kohleöfen gebrannt und bestehen aus besonders gutem Ton.

Das Hauptgebäude wird drei Stockwerke erhalten. Nach Nordwesten erfolgt der Anbau des Treppenhauses, der Toiletten und vier Garagen. Die Einfahrt hierzu erfolgt an der Grenze zum Haus Karthaus. In den beiden anderen Stockwerken und über den Garagen befinden sich insgesamt sechs Wohnungen, 5 zu drei und eine zu 4 Zimmern. Zum äußeren Bild des Neubaues erfahren wir noch, daß die ganze Front im Erdgeschoß hellgrauen Kunststeinputz erhalten wird. Im übrigen erhält der Bau hellen Kellenputz.

Wie vorgesehen, soll der Bau bis zum 1. September dieses Jahres in dieser Form fertiggestellt sein. Dann ist die Halversche „City" in der Neustadt um ein Kassengebäude reicher geworden.

Dr. Weg-

26 junge Mädchen bügeln, nähen und kochen

Praktische Prüfung an der Frauenfachschule - Sie wollen hundertprozentige Hausfrauen werden

26 junge Mädchen, Schülerinnen der Frauenfachschule, stecken in diesen Tagen mitten in der Abschlußprüfung, die ihnen mit dem nun noch folgenden praktischen Jahr die Fachreife zusprechen wird. Berufsschuldirektor Thormälen begleitet uns durch die Prüfungsräume, und wir erfahren, daß die Arbeit der Frauenfachschule mannigfaltige Aufgaben und Anforderungen an die jungen Mädchen stellt.

In einem Raum findet unter der Aufsicht der Gewerbeoberlehrerinnen Frau Dummel und Frau Derigs die praktische Prüfung im Nähen und Bügeln statt. Da sitzen die Mädchen ernsthaft über die Nähmaschinen geneigt, und fertigen die Prüfungsarbeiten an. Da entstehen Schürzen, dort werden mit der Hand akkurate Nadelstiche geführt, dort zischt dampfend das Bügeleisen über den weißen Stoff.



Diese drei künftigen Hausfrauen sind eben im Begriff, die Suppe zu rühren. Der gespannte Ausdruck ihrer Gesichter läßt darauf schließen, daß sie gut schmecken wird. (Photo: Breitbach)

In einem anderen, großen und hellen Raum duftet es nach allen möglichen guten Dingen. Mädchen mit weißen Kopftüchern und bunten Schürzen rühren eifrig und gewissenhaft in brodelnden Suppentöpfen, schälen unermüdlich Berge von Kartoffeln; an einem Tisch steht tränenden Auges eine Zwiebelschneiderin — gewiß nicht beneidet von ihren Kameradinnen. Die Fachvorsteherin, Fräulein Lutz und ihre Assistentin, Frau Aßmann, gehen von Tisch zu Tisch und von Herd zu Herd und kontrollieren, ob auch nicht „zu wenig Suppe im Salz" ist und ob die Kartoffelschalen nicht zu dick geschält werden. Jedes der jungen Mädchen trägt oben an der Schürze — mit einer Nadel festgesteckt — einen Zettel mit der Prüfungsaufgabe.

Die Mädchen sind mit Feuereifer bei der Sache. Sie wissen auch, worum es geht. Denn anschließend wird das gekochte Essen verzehrt werden. Und wehe — die Kartoffeln sind versalzen oder das Gemüse zu strohig. Der Herr Direktor wird ein unbestechliches Geschmacksempfinden mit an den Tisch bringen.

In dieser Woche finden nun noch die schriftlichen Prüfungen statt in Mathematik, Physik, Chemie, Naturwissenschaften, Fachkunde für Säuglings- und Krankenpflege, Deutsch, Literatur und Geschichte, dann folgt noch ein praktisches Jahr draußen in den Haushaltungen, das den jungen Mädchen den letzten Schliff geben wird, ehe sie mit der Fachreife als hundertprozentige Hausfrauen ins Leben treten.

-rbr.

In die Volme gefahren

Oberbrügge. Ein Autounfall, wie man ihn nicht alle Tage erlebt, ereignete sich an der Tankstelle Hettesheimer. Hier fuhr ein Personenkraftwagen, von der Bundesstraße kommend, zum Tanken vor. Bei dem Einbiegen trat der Fahrer anstatt die Bremse den Gashebel. Der Wagen fuhr mit den Insassen über die Eisenbahnschienen des Anschlußgleises eine 5 bis 6 Meter hohe Böschung hinab in die Volme.

Nachdem die vier Insassen sich aus dem Wagen befreit hatten, ging es daran, den Wagen wieder nach oben zu bringen. Mit Hilfe eines Lastwagens gelang es nach mühevoller Arbeit. Glücklicherweise erlitten die Personen keinen Schaden und wie durch ein Wunder kam auch der Wagen fast unbeschädigt davon.

Oeckinghausen/Carthausen

Eine Mütterberatungsstunde

Am Donnerstag, dem 13. März 1952, findet um 15 Uhr eine Mütterberatungsstunde in Oeckinghausen, Gasthof zum Deutschen Eck, statt.

Schafhalter, gebt acht!

Bei dem schönen Frühlingswetter der vergangenen Woche hatte die Frau des Rentners Schn. vom Bochen ihre Schafe in der Nähe des Wohnhauses auf einer Weide angepflockt. Kurze Zeit später mußte sie die traurige Feststellung machen, daß eins der Schafe von einem starken Schäferhund angegriffen und dadurch getötet wurde, daß der Hund dem Schaf den Hals durchbiß. Bei dem verendeten Tier handelt es sich um ein wertvolles, tragendes Schaf. Der Schäferhund lief in Richtung Oeckinghausen davon, so daß man leider nicht den Besitzer feststellen konnte.

Ob mein Los ein Treffer ist?

Nicht wenige fragen sich in diesen Tagen so; denn nun werden die letzten Vorbereitungen im Hause des Frauenhilfsmitgliedes Lausberg in Bruch bei Carthausen getroffen, und dann geht es Mittwoch hinein in die großartige Verlosung. Mit nimmermüdem Eifer setzten sich seit vielen Tagen die von der Ev. Frauenhilfe des Schulbezirkes Heesfeld bestimmten Frauen für das Gelingen des Verlosungswerkes ein, sammelten Preise ein, ordneten, sichteten, verkauften Lose,

Eigentümer und nicht Mieter

„Eigenheim auf der Etage"

Wie komme ich zur Eigenwohnung? - Für alle, welche die Mittel für ein Eigenheim nicht haben

Mit der Bezeichnung „Das Haus im Hause" ist die neue Wohnform, die Eigenwohnung im Mehrfamilienhaus charakterisiert, die durch das Gesetz über das Wohnungseigentum ihre rechtliche Grundlage erhalten hat. Dieses Gesetz geht davon aus, daß derjenige, der zur Finanzierung eines Hauses beiträgt, auch an seinem Eigentum teilhaben soll. Für alle die, die gezwungen sind, in der Stadt zu wohnen, sich aber kein Eigenheim leisten können, finden in dieser neuen Wohnform, dem „Eigenheim auf der Etage", eine vorteilhafte Lösung.

Diese Eigenwohnung stellt einen Teil des Hauses dar, nämlich eine in sich abgeschlossene Wohnung, die der Wohnungssuchende mit Hilfe einer Bausparkasse finanziert hat. Der Einwohner ist von vornherein Eigentümer der ersparten Wohnung, die der Wohnungsuchende mit Hilfe einer aus, jahrein seine Miete zahlen muß, ohne damit auch nur einen Backstein zu erwerben, schafft sich der Eigenwohner mit fortschreitender Tilgung der aufgenommenen Baudarlehen ein echtes Vermögen, einen bleibenden Sachwert.

Die Finanzierung wird erleichtert durch Steuerersparnis

Die Finanzierung der Eigenwohnung geschieht über einen Bausparvertrag der Leonberger Bausparkasse. Die abzuschließende Summe richtet sich nach der Höhe der Gesamtkosten der jeweiligen Wohnung. Durch die Ansammlung des erforderlichen Eigenkapitals und die Erfüllung der Mindestverpflichtungen erwirbt sich der Bausparer einen Rechtsanspruch, auf ein niederverzinsliches, unkündbares Bauspardarlehen. Die Durchführung eines solchen Bauvorhabens erfolgt über einen Bauträger oder über eine Gruppe interessierter Bausparer. Hierbei steht die Leonberger Bausparkasse mit ihren Erfahrungen beratend zu Seite. Die Ansparung des Eigenkapitals wird nicht unwesentlich erleichtert durch die mit dem Bausparen verbundene Steuerersparnis. Außerdem ermäßigt sich das Eigenkapital im Falle einer Einschaltung von öffentlichen Mitteln oder eines Arbeitgeberdarlehens. Das folgende in Hannover praktisch durchgeführte Beispiel läßt überzeugend die große Ueberlegenheit der Eigenwohnung gegenüber der Mietwohnung erkennen.

Das praktische Beispiel

Das nebenstehend im Bilde gezeigte Mehrfamilienhaus in Hannover besteht aus vier Wohnungen mit drei Zimmern, Küche, Bad und Balkon a 60 qm Wohnfläche; 2 Wohnungen mit zwei Zimmern, Küche, Bad und Balkon a 50 qm Wohnfläche; 2 Wohnungen mit einem Zimmer, Küche und Bad a 27 qm Wohnfläche. Die Finanzierung wurde durchgeführt mit der Eigensparung der acht Bausparer, einer 1. Hypothek von der dortigen Hypothekenbank, der 2. Hypothek von der Leonberger Bausparkasse und einem öffentlichen Darlehen. Die monatliche Gesamtleistung für Zins und Tilgung beträgt für die 3-Zimmer-Wohnung DM 72, für die 2-Zimmer-Wohnung DM 60 und für die 1-Zimmer-Wohnung DM 36.

Mit vollzogener Tilgung der 2. Hypothek, das ist nach 11 Jahren, ermäßigen sich diese Beträge um etwa 20 Prozent und nach weiteren 12 Jahren sind bei dem oben angeführten Beispiel die Hypothek und das öffentliche Darlehen vollständig zurückgezahlt.

Der Eigenwohner hat also schon während der Inanspruchnahme des fremden Geldes, und zwar auch gegenüber dem Mieter im sozialen Wohnungsbau, einen echten finanziellen Nutzen. Wieviel mehr gilt dies aber im Vergleich mit dem Mieter einer frei finanzierten Wohnung und nach vollständiger Rückzahlung der Baudarlehen! co.



Eigenwohnungsbau in Hannover mit 8 Wohnungen als „Eigenheime auf der Etage", finanziert über Bausparverträge mit der Leonberger Bausparkasse. Foto: Archiv

Botschafter-Austausch mit Indien

dmt. Bonn, 10. März

Die Bundesrepublik und die Republik Indien werden Botschafter austauschen. Für den indischen Diplomaten Subimal Dutt ist bereits das Agreement als indischer Botschafter erteilt. Die Bundesrepublik wird in Neu Delhi von Prof. E. W. Meyer vertreten werden. Botschafter Meyer war von 1921 bis 1937 im Auswärtigen Dienst tätig, u. a. in Athen, Belgrad und Washington. Nach seinem Ausscheiden aus dem Auswärtigen Amt wurde er Professor an der Universität Lewisburg (Pennsylvania). Seit 1947 war er als Professor an den Universitäten in Frankfurt und Marburg tätig.

Ohne Wohnung und Arbeitsplatz

dpa. Hannover, 10. März

Von den 14 000 Angehörigen der Deutschen Dienstgruppen bei der britischen Armee (GSP) in Niedersachsen sollen 5000 entlassen werden. Den niedersächsischen Landesbehörden entstehen dadurch erhebliche Schwierigkeiten, weil die Mehrzahl der Entlassenen ohne Wohnung und neuen Arbeitsplatz sein wird. Eine besondere Kommission soll sich jetzt mit der Fürsorge für die Entlassenen beschäftigen. Die britische Armee hat einen allgemeinen Abbau ihrer Dienstgruppeneinheiten in Deutschland angekündigt.

„Es gibt keine Patentlösung"

iff. München, 10. März

Rund 20 Organisationen und Verbände, an ihrer Spitze die Arbeitgeber, der DGB und die DAG, Handel und Handwerk, unterhielten sich am Montag mit dem bayerischen Arbeitsminister Dr. Oechsle über die Wiederbeschäftigung der älteren arbeitslosen Angestellten. Der Minister stellte gleich zu Beginn fest: „Eine Patentlösung gibt es nicht. Aber wir wollen aktiver als bisher diesem schwierigen Problem zu Leibe rücken. Wir können den Betrieben nicht einfach befehlen, neben Heimkehrern, Jugendlichen, Kriegsbeschädigten und Verfolgten einen bestimmten Anteil von älteren Angestellten einzustellen. Bayern hat heute etwas über 50 000 beschäftigungslose Angestellte. Rund 24 000 sind älter als 40 Jahre."

Der DGB machte den Vorschlag, bei Stellenangeboten von der Festsetzung einer Altersgrenze Abstand zu nehmen, öffentliche Aufträge bevorzugt an solche Betriebe zu vergeben, die bereit sind, zusätzlich ältere Angestellte aufzunehmen. Die DAG behauptet, daß 82 Prozent der Arbeitslosen Angestellten voll einsatzfähig seien.

Spionagefäden nach Belgien

dmt. Brüssel, 10. März

Einer AFP-Meldung zufolge bestanden die Dokumente, deretwegen vor einigen Tagen in Kettwig mehrere Ingenieure verhaftet wurden, in Plänen für den Bau von Fabriken, die jährlich eine halbe Million Kubikmeter Gas verarbeiten können. Diese Pläne waren in dem Studienbüro einer belgischen Firma eingetroffen, die in Bauten dieser Art spezialisiert ist. Die Dokumente waren von einem deutschen Ingenieur entwendet worden, der für die belgische Firma arbeitete. Die Leitung der Firma glaubt, daß der Ingenieur in eine Falle gegangen ist.

„Absage an die Katastrophenpolitik der SPD"

. . . sagt Fraktionsführer Euler — SPD: Forderung nach Neuwahlen bleibt

wl. Bonn, 10. März

Mit sichtlicher Erleichterung hat man in Bonner Koalitionskreisen das Ergebnis der Wahlen im Südweststaat zur Kenntnis genommen. Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte am Montag, das Ergebnis übertreffe die Erwartungen der kühnsten Optimisten. Die CDU habe sich wieder einmal ausgezeichnet geschlagen. Jedenfalls bedeute das Wahlergebnis für die Bonner Koalition einen eindeutigen Sieg. Als besonders bedeutsam hebt die CDU die Tatsache hervor, daß zwei Drittel aller Wähler ihre Stimmen denjenigen Parteien gegeben haben, die auf der innen- und außenpolitischen Linie des Bundeskanzlers stehen. Hierin liege ein entscheidendes Moment der politischen Konsolidierung.

„Der Katastrophenpolitik der SPD ist durch die Südwestwahlen eindeutig Absage erteilt worden", erklärte der FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzende, Martin Euler. Diese Wahlen seien zu einer der schwersten Enttäuschungen der SPD geworden. Aehnlich zufrieden äußerten sich Vizekanzler Blücher und Dr. Hermann Schäfer von der FDP. Sie betonten das deutliche Abrücken der südwestdeutschen Wähler von den „hemmungslosen Kritisiermethoden" der SPD.

Dr. Mühlenfeld (DP) bezeichnet das Wahlergebnis sogar als eine schwere Niederlage für die SPD und als „verdiente Quittung für die „verantwortungslose Agitationspolitik". Die SPD habe alle Veranlassung, ihre Politik gründlich zu überprüfen. Das Ergebnis beweise, daß die Bevölkerung weder die Auflösung des Bundestages noch eine SPD-Regierung wolle.

Die sozialdemokratische Forderung nach Neuwahlen im Bundesgebiet bleibe unverändert bestehen, wurde von maßgebender SPD-Seite in Bonn betont. Die SPD stellt vor allem den Gewinn von etwa 100 000 Stimmen in den Vordergrund. Der Wahlkampf sei von den Gegnern der SPD mit ungeheurem materiellem Aufwand und äußerster Bedenkenlosigkeit geführt worden. Vor allem der katholischen Kirche wird vorgeworfen, sie habe ihre Machtstellung hemmungslos zugunsten der CDU ausgenutzt.

Mittelost-Kommando vorläufig gescheitert

„Nur regionale Verteidigungsgruppen" — Türkei nur für begrenzte Verpflichtungen

dmt. Stockholm, 10. März

Der Ankara-Korrespondent der „Krasnaja Swezda" glaubt feststellen zu können, daß die Besprechungen, die General Eisenhower in der vergangenen Woche in der türkischen Hauptstadt über die Eingliederung der Türkei in den Atlantikpakt führte, mit einem Mißerfolg endeten. Eisenhower habe Forderungen gestellt, die von der Türkei nicht bewilligt worden seien. Die Türkei sei keineswegs bereit, ihre ganze Armee dem Kommando Eisenhowers zu unterstellen.

Als völlig undurchführbar habe sich der Lieblingsplan Eisenhowers nach Einrichtung eines Mittelostkommandos erwiesen. Da der Widerstand der arabischen Länder gegen diesen Plan in den letzten Monaten gewachsen sei, wolle sich die Türkei in kein Abenteuer stürzen. Eisenhower habe daher die Schaffung sogenannter regionaler Gruppen vorgeschlagen. Die Verpflichtungen der Türkei sollen auf diese Weise begrenzt werden: Sie würden sich nur auf die Mitglieder der Gruppe erstrecken, der auch die Türkei angehöre.

Der sehr zurückhaltend geschriebene Bericht liegt auf der ganzen Linie der derzeitigen Moskauer Politik. Die Zeit, in der Moskau in ultimativer Form Stützpunkte an den Dardanellen und die Abtretung türkischer Gebietsstreifen an die Sowjetunion forderte, ist vorbei. Heute betrachtet man es in Moskau schon als einen Erfolg, wenn die Türkei nicht ihre ganze Armee dem Atlantikkommando zur Verfügung stellt.

Kuba im Zeichen des Umsturzes

Präsident Batista: vom Friseurlehrling zum Revolutionär

dmt. Havana, 10. März

Wenn auch alle Nachrichtenverbindungen auf Kuba durch die Truppen der Aufständischen blokkiert sind, so gibt es Anzeichen genug dafür, daß sich auf der großen Insel blutige Kämpfe abspielen. Der bisherige Staatspräsident hat die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Putschisten aufgerufen, jedoch haben die Revolutionäre die Festung Columbia in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt in ihrer Gewalt und damit die großen Waffenlager.

Präsident Socarras konnte noch einen Aufruf an das kubanische Volk erlassen, bevor er in Gegenwart mehrerer Unbekannter seinen Palast verließ, angeblich um sich zu dem neuen Präsidenten Batista in das Columbia-Lager zu begeben. Von hier aus hatte Batista bereits 1939 — damals war er Unteroffizier — die Macht an sich gerissen, die er dann zehn Jahre lang in den Händen hatte. Ursprünglich war er Friseurlehrling gewesen, aber während seiner Regierungszeit hatte er 3000 Schulen auf dem Lande errichtet, in denen er Feldwebel seiner Armee als Lehrer einsetzte.

Die amerikanischen Küstenwachkutter stoppen alle amerikanischen Handelsschiffe und Jachten, die auf dem Wege nach Havana sind. Neuen Meldungen zufolge soll der bisherige kubanische Staatspräsident Socarras mit einem Flugzeug nach Florida entkommen sein.

Generaldebatte über das Schulgesetz

Im Landtag zu Düsseldorf — Mitwirkung der Elternschaft gewünscht

gk. Düsseldorf, 11. März

In der großen Debatte um das Schulgesetz in NRW schlug Dr. Middelhauve (FDP) vor, zu versuchen, eine gemeinsame Grundlage zwischen Regierung und Opposition zu finden.

In der Diskussion um die ersten beiden Abschnitte des Gesetzes, d. h. über die Aufgabe und Gestaltung des Schulwesens und die Mitwirkung der Eltern, traten nur geringe Differenzen zwischen den einzelnen Fraktionen zu Tage. Während sich Abg. Dr. Hofmann (CDU) für die weitgehende Berücksichtigung der Eigenart der Geschlechter in der Erziehung einsetzte, d. h. für eine mögliche Klassentrennung zwischen Knaben und Mädchen, sprachen sich die Sozialdemokraten für eine gemeinschaftliche Erziehung der Geschlechter aus, die nach ihrer Auffassung die sittliche Reinheit der Kinder fördere. Der Wunsch der CDU und des Zentrums auf weitgehende Heranziehung der Erziehungsberechtigten zur Mitverantwortung wurde auch von den beiden Oppositionsparteien begrüßt.

Abg. Spieker (CDU) betonte, daß nach dem Gesetz sich Elternschaft und Staat in der Verantwortung für die Erziehung der Kinder treffen, wobei den Eltern der Vorrang in der Erziehung zukomme. SPD wie FDP sprachen sich jedoch gegen die gemeinsamen Schulpflegschaften aus, da dies nichts mehr mit den einzelnen Schulen zu tun habe, und vielleicht zu einem „zweiten Parlament" neben dem Rat der Gemeinden werden könnte. Die FDP forderte in einem allseits beachteten Antrag die Einbeziehung eines Paragraphen in das Schulgesetz, durch den das Land verpflichtet wird, bis 1955 die Klassenmeßzahl in den Schulen durch Schulneubauten auf 40 herabzusetzen.

Eingeschränkte Bewegungsfreiheit

dmt. Paris, 10. März

Der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Parodi, überreichte dem sowjetischen Geschäftsträger in Paris eine Note, die es den sowjetischen Diplomaten untersagt, ohne besondere Genehmigung Reisen außerhalb von Paris und zwei angrenzenden Departements zu machen.

Diese Maßnahmen, heißt es in der Note, seien als Gegenmaßnahmen gegen die Beschränkung der Bewegungsfreiheit der französischen Diplomaten und konsularischen Korps anzusehen.

Nach USA, England und Frankreich hat auch Holland die Bewegungsfreiheit der Diplomaten der Sowjetunion, Ungarns und Rumäniens sowie der Zeitungskorrespondenten und Handelsbeauftragten dieser Länder eingeschränkt. Sie dürfen sich nur in zwei Provinzen aufhalten und müssen alle Reisen außerhalb dieser Zone 48 Stunden vorher anmelden.

Russische Soldaten verhaftet

iwe. Bernau, 11. März

In Bernau bei Berlin sind, wie erst jetzt bekannt wird, Ende Februar 17 sowjetische Offiziere und Mannschaften vom NKWD verhaftet worden. Bereits Wochen vorher waren die Unterkünfte der Sowjettruppen in Bernau von NKWD-Funktionären durchsucht worden. Dabei war mehrfach antisowjetisches Propagandamaterial gefunden worden. Die verhafteten Russen wurden in das NKWD-Gefängnis in Hohenschönhausen eingeliefert.

Prags größter Schauprozeß

dpa. Wien, 10. März

Der bisher größte Schauprozeß steht in Prag bevor. Fast die Hälfte aller ehemals führenden tschechoslowakischen Kommunisten soll vor Gericht gestellt werden, unter ihnen der ehemalige Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, Slansky, der frühere Außenminister Clementis, der Brünner Parteisekretär Sling, der frühere stellvertretende Parteisekretär, Frau Maria Svermova, und der ehemalige Innenminister Koprive. Angeklagt werden sollen ferner sechs hohe Generale, unter ihnen der kürzlich abgesetzte Generalstabschef Proschazka, sieben frühere Mitglieder der slowakischen Provinzialregierung und neun hohe Staatsbeamte.

1952 kein Loreley-Lager

Stuttgart. Der Bundesjugendring hat nach Mitteilung der Evangelischen Jugendinformationen beschlossen, in diesem Jahr auf eine Wiederholung des Loreley-Lagers zu verzichten, da gegen die kurzfristige Wiederholung derartiger Massenlager Bedenken geltend gemacht wurden. Künftige Begegnungen sollen im kleineren Rahmen vor sich gehen, wobei der Schwerpunkt dann nicht nur in politischen Diskussionen, sondern in der Arbeit an einem gemeinnützigen Werk liegen soll. Da die finanziellen Zusagen von amerikanischer und französischer Seite beim Loreley-Treffen nicht eingehalten wurden, mußte die Bundesregierung für einen Fehlbetrag von 46 000 DM aufkommen.

Die amerikanischen Fernsehstationen erzielten 1951 nach Angaben des US-Bundesverkehrsausschusses für das Nachrichtenwesen einen Bruttogewinn von 43,6 Millionen Dollar gegenüber Verlusten von 9,3 Millionen Dollar im Jahre 1950 und von 25,3 Millionen Dollar im Jahre 1949. Während 1950 nur 53 Fernsehsender einen Gewinn auswiesen, waren es 1951 bereits 93 Sendestationen. Insgesamt sind gegenwärtig in den USA 108 Fernsehsender in Betrieb.

Der Präsident der Kaiser Steel Corporation kündigte ein neues 65-Millionen-Dollar-Bauprogramm an, das ausschließlich aus privaten Mitteln finanziert werden soll. Mit Hilfe des neuen Programms soll die Stahlkapazität des Werkes um 11 Prozent erhöht werden.

SPORT

Handball

Schalksmühle Jgd. I — Halver Jgd. I 16:5

Das mit Spannung erwartete Spiel um die Gruppenmeisterschaft gewannen die Schalksmühler gegen ihre Halverschen Kameraden glatt mit 16:5. Die Halveraner, die bisher ganz annehmbare Leistungen zeigten, kamen in diesem Spiel nicht gegen Schalksmühle an und mußten diesen einen hohen Sieg überlassen. Da beide Mannschaften nunmehr punktegleich sind, ist ein weiteres Entscheidungsspiel notwendig.

Tischtennis

Halver I — Jahn Lüdenscheid 10:6!

Es erscheint fast, als ob die Halveraner es dennoch schaffen würden. Gestern wurde Jahn, einer der ärgsten Verfolger, knapp aber sicher mit 10:6 geschlagen. Jetzt haben die Halveraner nur noch die schwere Hürde Meinerzhagen zu überwinden, die am kommenden Samstag in Halver antreten.

Die amtlichen Totoquoten

— Ohne Gewähr —

West-Süd: Zwölfer Wette: 1. Rang 24 Gewinner mit 23 847,50 DM, 2. Rang 583 Gewinner mit 981,— DM, 3. Rang 6829 Gewinner mit 83,60 DM.

Zehner-Wette: 1. Rang 94 Gewinner mit 3590,30 DM, 2. Rang 1911 Gewinner mit 176,40 DM, 3. Rang 19 691 Gewinner mit 16.90 DM.

Nord-Süd: Elfer-Wette: 1. Rang 7420 DM, 2. Rang 304 DM, 3. Rang 30 DM. — Dreizehner-Wette: 1. Rang 11 161,50 DM, 2. Rang 1 594,50 DM 3. Rang 140,50 DM. — Internationale Zehn: 1. Rang 349 DM, 2. Rang 18,90 DM.

Pferdetoto: 1. Rang (elf richtige Tips) 74 390:10 DM, 2. Rang (zehn richtige) 3 719:10 DM, 3. Rang (neun richtige) 383:10 DM.



100 Jahre

ist die Oma Schmitz in Sinzig a. Rh. Und sie sagt: „Ich nehme regelmäßig **Klosterfrau Melissengeist**, dann fühle ich mich frisch und wohl! Jetzt in meinem hohen Alter litt ich an einem Hautausschlag im Nacken, der stark juckte. Da erprobte ich auch den **Aktiv-Puder von Klosterfrau**: Nicht nur das Jucken hörte auf, sondern auch die Heilung ging sehr schnell vonstatten!" **So wie die Hundertjährige, so vertrauen Millionen Menschen auf „Klosterfrau" und das Schutzzeichen mit den 3 Nonnen. Mit Recht: Seit Generationen bürgt dieses Zeichen für überragende Wirksamkeit!** **Klosterfrau Melissengeist**, in der blauen Packung mit 3 Nonnen, ist in allen Apotheken u. Drogerien erhältlich. Denken Sie auch an **Aktiv-Puder!**

Tagungsräume - Garagen
Hotel Kaisergarten
SOLINGEN
Andreas Edel Nils

IN 4 TAGEN
Roller-Follies NEW YORK
Die Rollschuh-Gala-Revue
120 Teilnehmer *,* Artistik auf Rollschuhen
Einmaliges Gastspiel in Deutschland!
Täglich 19.30, Sa. u. So. auch 15.00 Uhr
in der **WESTFALENHALLE** Dortmund

Schönes
Geschäftshaus
im Halver für DM 28 000, zu verkaufen.
Immobilien Friedrichs
Schalksmühle

Gebrauchte
Herren - Schnürschuhe
Gr. 44, billig zu verkaufen.
Zu erfr. in der Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers.

Geschmeidig
bleibt Dein Bohnerwachs wenn Du **Seifix** in Dosen hast!

Warnung!
Hiermit warne ich jeden, die von **Frau Rogalla, Ehringhausen Nr 12** über mich verbreiteten Gerüchte weiter zu verbreiten, da ich jeden gerichtlich belangen werde.
Karl Schwarz
Ehringhausen 12

Kreisarbeitsgemeinschaft für Technik in der Landwirtschaft
Vorführung von
Schlepper-Anbaupflügen
verschiedener Systeme und eines neuartigen
Gebläse-Häckslers
am Mittwoch, dem 12. März 1952 (Beginn 14 Uhr) im Betriebe des Landwirts **Kurt Neuhaus**, Kückelhausen bei Anschlag

Regina-Lichtspiele
Halver, Haus zur Fuhr
Von Dienstag bis Donnerstag 20 Uhr
Die herrliche Filmoperette:
„Frau Luna"
Wer die Sorgen des Alltags für 2 Stunden vergessen will, besuche die Operette.
Lachsalven am laufenden Band mit:
Paul Kemp,
Theo Lingen
und vielen anderen bekannten Filmlieblingen.
Beiprogramm u. Wochenschau

Preiswert
einkaufen und dabei auf Qualität Wert legen – ist das Bestreben jeder Hausfrau. Auch wenn Sie vor der Wahl stehen, sich zusätzlich zu Ihrer Tageszeitung eine Illustrierte zu kaufen, sollten Sie nach dem gleichen Grundsatz handeln und unser Vorzugsangebot beachten: Für nur DM 1,– im Monat nämlich wird Ihnen wöchentlich eine unterhaltsame Illustrierte – die „abz" – von Ihrem Zeitungsboten sogar ins Haus gebracht. Sie brauchen lediglich den Bestellschein bei der nächsten Geschäftsstelle dieser Tageszeitung abzugeben.

„abz"-Bestellschein

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____

Bekennt Euch zur Heimatzeitung!

Jagdpachtverteilung 1950/51

Der Jagdpachtverteilungsplan der Jagdgenossenschaft Kierspe liegt vom 10. März 1952 ab 2 Wochen lang zur Einsicht der Jagdgenossen öffentlich im Amtshaus, Zimmer Nr. 9 aus. Gegen den Verteilungsplan können innerhalb 2 Wochen nach Beendigung der Auslegung (24. 3. 52) Einsprüche bei dem Jagdvorsteher angebracht werden. Nach Ablauf der Einspruchsfrist wird die Auszahlung der Jagdpachtanteile an die Jagdgenossen erfolgen. Die Auszahlung erfolgt durch Gutschrift auf den Steuerkonten.

Kierspe, 7. März 1952.

Der Vorsitzende des Jagdvorstandes:
Barthold

Tanzschule Frebel
bekannt für gründliche Erlernung, eröffnet
Dienstag, 18. März, 20 Uhr
im **Strandbad „Herpine", Halver**
einen **Tanzkursus.**
Anmeldungen auch beim Gastwirt.

Koche mit Gas!
Das macht Spaß!
Friedrich Kämper, Halver, Ruf 568
Propan-Gas-Geräte